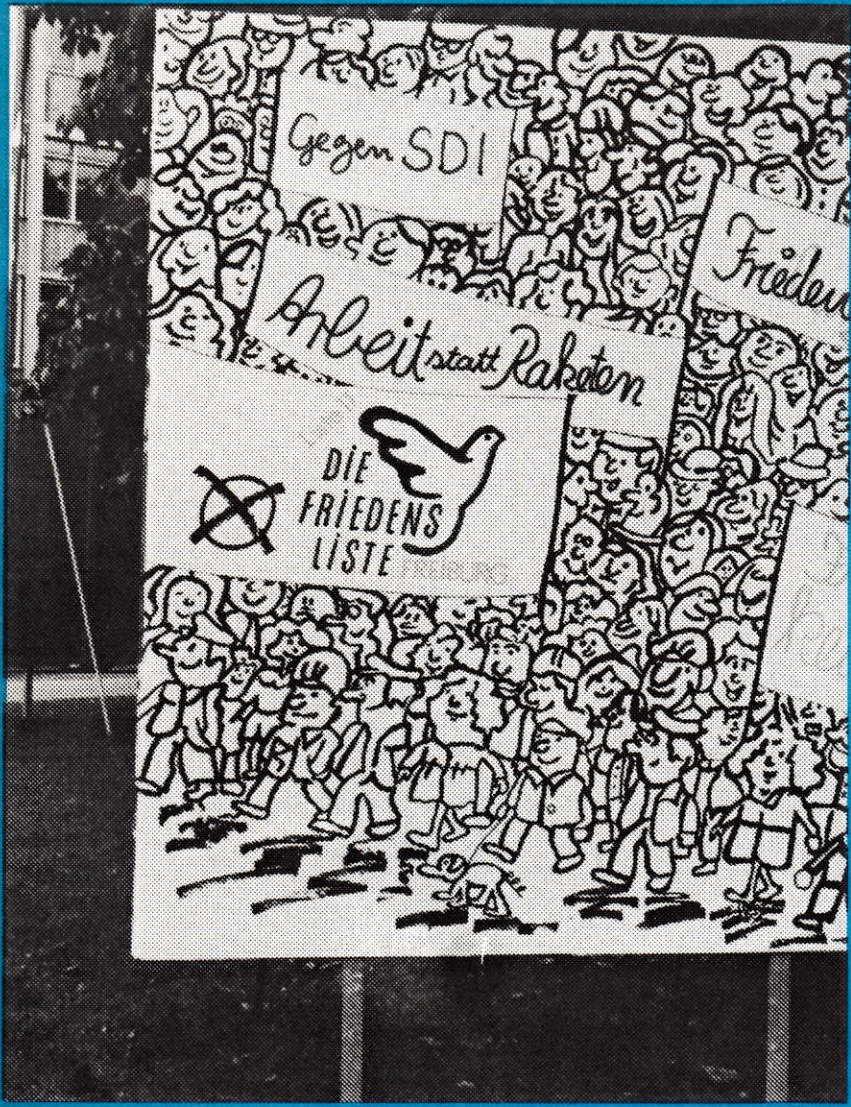


MAGAZIN

BILDUNGS-

Sonderheft
86/87



*Kommunisten, Wahlen,
Wahlbündnisse*

Bildungsheft der DKP
Neu

Neuerscheinung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) · Frankfurt/Main

Beiträge des IMSF, Band 7

Umbruch im Produktionsbereich?

Inhalt:

Branchenanalysen: Chemische Industrie, Maschinenbau, Automobilindustrie, Elektrotechnische Industrie, Textil- und Bekleidungsindustrie, Bauindustrie.

Probleme:

Ursachen und Auswirkungen von Wachstumsverlangsamung und stagnativer Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik.

Material:

Grundlagenmaterial, tabellarische Übersichten, statistische Einzelanalysen.

Beiträge des IMSF

7

Umbruch im Produktionsbereich?

Branchenanalysen:

Chemische Industrie, Maschinenbau, Automobilindustrie, Elektrotechnische Industrie, Textil- und Bekleidungsindustrie und Bauindustrie in der BRD

IMSF

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Frankfurt/Main

Die These, in der Wirtschaft der Bundesrepublik vollziehe sich gegenwärtig ein rascher technologischer Umbruch, ist keineswegs unumstritten. Zu den Gegenargumenten zählt der Hinweis, daß sich in den letzten Jahren der Zuwachs der Arbeitsproduktivität nicht beschleunigt, sondern eindeutig verlangsamt hat. Dennoch lassen sich eine ganze Reihe von Fakten als Argumente für die „Umbruch“-These anführen, die in ihrer Gesamtheit auf wesentliche Veränderungen hindeuten. So ist schon seit Mitte der siebziger Jahre die Tendenz zu einer umfassenden Produktionsintensivierung durch Ökonomisierung des konstanten wie variablen Kapitals auf der Basis neuer Technologien zu verzeichnen.

Die innere Gliederung der einzelnen Branchen-Analysen entspricht den Hauptfragen: Charakter der Branche und Stellung innerhalb der Industrie; Produktions- und Absatzentwicklung; Produktionsbedingungen (Struktur des Anlagevermögens, Beschäftigungsentwicklung u. a.); Verwertungsbedingungen des in der Branche angelegten Kapitals; Unternehmensstruktur und Rolle des Monopolkapitals; Internationalisierung und außenwirtschaftliche Verflechtung; Rolle des Staates für die Branche; Zukunftsperspektiven.

Mitarbeiter:

Dietmar Düe, Fritz Fiehler, Jörg Goldberg, Gert Hautsch, Peter Herrmann, André Leisewitz, Niki Müller, Ludger Selg.

XIV+428 Seiten, 289 Tabellen und Abbildungen, Frankfurt/M., 1985,

Format 17x24 cm, broschiert, DM 30,—

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)
Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1

Vielen Dank

allen Leserinnen und Lesern der Bildungshefte, die uns zur neuen Form des BILDUNGSMAGAZINS ihre Meinung geschrieben und mitgeteilt haben. Wir erhielten Zustimmung und Kritik. Die Zustimmung – wir sagen es mit Freude – überwog. Die Kritik hat uns geholfen, die Unebenheiten der neuen Form auszugleichen.

Wir bitten weiter um kritische Begleitung. Auch und vor allem, was die Inhalte betrifft. Ganz besonders aufmerksam wollen wir gegenüber neuen Genossinnen und Genossen sein. Ihre Meinung ist für uns wertvoll, weil sie uns mit „neuen“ Augen sehen.

Gemeinsam vorwärts mit der kommunistischen Bildungsarbeit.
Kommunistinnen und Kommunisten blicken durch!

<i>Kommunisten und Wahlen</i>	Seite 5
<i>Was ist Parlamentarismus?</i>	Seite 7
<i>Kommunisten und Wahlbündnisse</i>	Seite 10
<i>Historische und internationale Erfahrungen</i>	Seite 13
<i>Die Situation vor der Bundestagswahl '87</i>	Seite 17
<i>Die DKP und die Friedensliste</i>	Seite 20
<i>Die neuartige Kandidatur</i>	Seite 24
<i>Drei Bestandteile kommunistischen Wahlkampfes</i>	Seite 24
<i>Lexikon</i>	Seite 27
<i>Seminarplan</i>	Seite 28
<i>Tips für die Karl-Liebknecht-Schule</i>	Seite 30
<i>Echo</i>	Seite 31
<i>Aus praktischer Erfahrung</i>	Seite 32

RE daktions Notiz

Inhalt





Einleitung *Zu Beginn des Jahres 1987 findet die nächste Bundestagswahl statt. Alle politischen Kräfte messen ihr eine besondere Bedeutung bei. Auch die Kommunisten. Diese Bundestagswahl hebt sich von anderen Wahlen deshalb ab, weil während des Wahlkampfes und am Wahltag Antworten auf drei für die Zukunft des Landes wichtige Fragen deutlich werden können:*



1. Wie stark ist die demokratische Bewegung unseres Landes geworden, die nicht länger einer Rechtskoalition erlauben will, den Sozialabbau zu vertiefen, die demokratischen Rechte auszuhöhlen und die Bundesrepublik immer enger in die Aggressionsstrategie des USA-Imperialismus zu verstricken?

2. In welchem Umfang ist die Formierung aller demokratischen Kräfte links von der CDU/CSU vorangekommen? In welchem Umfang werden gemeinsame oder parallele Positionen, Initiativen und Aktionen möglich, um die neue Kraft wirksam werden zu lassen, die sich in den vielfältigen gesellschaftlichen Bewegungen der achtziger Jahre herausgebildet hat?

3. Wird es gelingen, die unterschiedlichen Kräfte so zu bündeln, daß die Rechtswende gestoppt und eine neue Politik mit einer neuen Regierung eingeleitet werden kann?

Bündelung

So haben die Kommunisten die Fragen auf dem 8. Parteitag im Frühjahr 1986 in Hamburg gestellt. Und sie haben keinen Zweifel daran gelassen, wie ernst es ihnen ist, ihren Teil dazu beizutragen, damit ein neues politisches Kraftfeld entsteht. Ein Kraftfeld, von dem aus die Impulse zum Voranschreiten unseres Landes ausgehen.

Auf dem 8. Parteitag der DKP erklärte Herbert Mies, Vorsitzender der Partei: „Wenn es richtig ist, daß wir heute in einer Situation stehen, die ein Umdenken erfordert, wenn es stimmt, daß in unserem Lande eine neue Politik durchgesetzt werden muß, so verlangt dies ein aktives Eingreifen der verschiedenen linken und anderen demokratischen Kräfte. Sie alle stehen gleichermaßen vor der Frage: Was kann getan werden, um das gleich-



gerichtete Handeln, um das Zusammenwirken gegen rechts zu fördern? Wie können sie ihre Kräfte bündeln und ein solches Maß an Breite gewinnen, daß die Rechtskräfte zurückgedrängt werden?“

Zum Nachdenken

Die Organisation des Proletariats „kämpft mit allen Mitteln, über die das Proletariat verfügt, ... einschließlich des allgemeinen Wahlrechtes, das so aus einem Instrument des Betrugs, das es bisher gewesen ist, in ein Instrument der Emanzipation umgewandelt wird.“

(Karl Marx in Marx/Engels, Werke, Bd. 19, S. 238)

Gewachsene Chancen

Und weiter sagte Herbert Mies: „Gelingt es, den Prozeß des Zusammengehens, des gleichgerichteten Handelns bei Wahrung und Entfaltung ihrer Spezifik weiter zu befördern, dann wachsen die Chancen, daß die demokratischen Kräfte zu den bestimmenden Kräften der politischen Entwicklung in unserem Lande werden. Kommt es dagegen zu einer Zunahme des Gegeneinanders und der Zersplitterung des demokratischen Potentials, dann wird die Chance zur Durchsetzung einer neuen Politik verpaßt. Was uns Kommunisten betrifft, so werden wir alles daran setzen, um den Prozeß des Zusammenwirkens weiter zu fördern.“

Keine Geringschätzung von Wahlen!

Die Bundestagswahl kann in diesem Prozeß des Zusammengehens eine große Rolle spielen. Die Maßstäbe für eine Vorwärtsentwicklung

gelten für alle Politikbereiche, für die außerparlamentarischen und für die parlamentarischen Bereiche. Der Bundestagswahlkampf ist ein bedeutender politischer Kampf. Hier darf es überhaupt keine Geringschätzung geben.

Hier sind alle politischen Kräfte links von der CDU/CSU gefordert, ob in Parteien organisiert oder nicht: die Kommunisten, die Sozialdemokraten, die Grünen, die Gewerkschafter und die Vertreter der großen sozialen Verbände; die demokratischen Fraueninitiativen und die demokratischen Jugendverbände; die ökologische Bewegung, die Umweltschützer aller Richtungen und vor allem die engagierten Angehörigen der Friedensbewegung. Sie sind gefordert, ein Wahlklima, ein Wählerbewußtsein zu schaffen, das die Rechtskräfte in die Defensive zwingt. Dies zu erreichen, bemühen sich die Kommunisten mit ihrem Eingreifen in den Wahlkampf. Sie wollen mithelfen, die Chance zur Ablösung der Rechtskoalition herbeizuführen und zu nutzen.

Dabei erachten sie es als notwendig, daß sich der Druck der außerparlamentarischen Bewegung konzentriert:

- auf die Durchsetzung erster praktischer Schritte der Bundesregierung zu Rüstungsstopp und Abrüstung;
- auf konkrete Maßnahmen zum Ausstieg aus der Atomstromerzeugung in der Bundesrepublik;
- auf die Durchsetzung wirksamer Schritte zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit;
- auf die Verteidigung und Wiederherstellung demokratischer Rechte und Freiheiten.



1 • **Kommunisten und Wahlen**

Auf dem Feld der politischen Auseinandersetzungen werden viele unterschiedliche Kampfmittel angewandt. Demonstrationen gehören zu diesen Kampfmitteln ebenso wie Kundgebungen, Informations- oder Protestversammlungen, Protest- oder Warnstreiks. In der neueren Zeit sind diese Kampfformen durch viele neue Formen ergänzt worden.



Vielfältige Kampfformen

Dazu gehören Betriebsbesetzungen, Sitzblockaden vor Stationierungsorten von Massenvernichtungsmitteln, Menschenketten. Die Kampfformen, wie sie von Bürgerinitiativen der unterschiedlichsten Zielrichtung angewandt werden, sind so vielfältig (und phantasievoll), daß sie hier gar nicht alle aufgezählt werden können. Bei allen diesen Formen handelt es sich um außerparlamentarische Kampfformen. Die Demonstration ist eines der ältesten Ausdrucksmittel des Unwillens und des Protestes sowie der Interessenwahrnehmung durch die Volksmassen gegen die sie Beherrschenden. Wie oft in der Geschichte wurden aber auch Demonstrationen, „Zusammenrottungen“, wie das die unterdrückende Obrigkeit nannte, zusammengeschlagen, „aufgelöst“ – mit Waffengewalt! Zahllos sind die Beispiele aus den

Jahrhunderten, den Sklavenaufständen, den Bauernkriegen, den Erhebungen des Bürgertums gegen den Adel, den revolutionären Kämpfen des Proletariats gegen das Kapital, die zeigen, daß die Unterdrückten auch mit den Kampfmitteln zu antworten bereit waren, die die herrschenden Klassen zuerst gegen sie angewandt hatten.

1. Kampfformen sind konkret

Marx und Engels zogen aus der historischen Analyse politischer Auseinandersetzungen den Schluß, daß die Kampfformen von der jeweili-

gen konkreten Situation abhängen. Sie lehrten die Arbeiterklasse und die Arbeiterpartei, von dem jeweils zweckmäßigsten Kampfmittel Gebrauch zu machen. In diesem Zusammenhang bewerteten sie die Teilnahme an Wahlen und Wahlkämpfen. In vielen Arbeiten, vor allem von Engels, wurden sowohl die Geringschätzung von Wahlen durch die Arbeiterpartei als auch parlamentarische Illusionen, die bei manchen Leuten angesichts der damaligen Wahlerfolge der Sozialdemokratischen Partei entstanden waren, zurückgewiesen. Marx und Engels wiesen nach, daß die parlamentarische Tätigkeit eine sehr wichtige, aber nicht die einzige und entscheidende Waffe in den Händen der Arbeiterklasse ist.

Engels sah die Bedeutung des parlamentarischen Kampfes darin, daß er der Arbeiterpartei die Möglichkeit gibt, sich ihrer Kräfte zu vergewissern, zu ermitteln, wie stark ihr Einfluß unter den Volksmassen ist – gewiß ein nicht unbedeutender Faktor bei der Feststellung des inneren Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen und den handelnden Parteien und Personen.

Aber mehr noch: Als die Sozialdemokratie beim ersten Wahlgang der Reichstagswahlen des Jahres 1890 einen bedeutenden Erfolg erzielte (mehr als 1,4 Millionen Stimmen und 35 Sitze im Reichstag), schrieb Engels in einem Artikel unter der Überschrift „Die deutschen Wahlen 1890“:

„In dem Verhältnis der Parteien in Deutschland vollzieht diese Wahl eine vollständige Revolution. Sie wird, darf man sagen, eine neue Epoche in der Geschichte dieses Landes einleiten. Sie markiert den Anfang vom Ende der Periode Bismarck.“ (In Marx/Engels, Werke, Bd. 22, S. 4)

In der Tat wurde Bismarck, der damalige Reichskanzler, kurze Zeit nach diesen Wahlen zum Rücktritt gezwungen. Das Sozialistengesetz, mit dem die Sozialdemokraten 12 Jahre lang in die Illegalität gedrängt worden waren, mußte nach diesen Wahlen aufgehoben werden.

Marx und Engels sahen schließlich in der Teilnahme an den Wahlen und an den parlamentarischen Arbeiten zugleich die Möglichkeit, das Parlament als Tribüne zur Mobilisierung der Arbeiterklasse, zur Gewinnung der werktätigen Massen, zum Ansporn außerparlamentarischer Aktivitäten zu nutzen.

2. Was ist Parlamentarismus?

Aus diesen wenigen Hinweisen auf Marx und Engels wird eines deutlich: Die Marxisten differenzierten klar zwischen bürgerlichem Parlamentarismus und proletarischem, demokratischem und sozialistischem Parlamentarismus.

Lenin zitierte Marx: „Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem ... Volk dienen.“ Und Lenin formulierte aus diesem Satz die Quintessenz: „Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten soll, das ist das wirkliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus.“ Die demokratische und sozialistische Alternative dazu sei jedoch „nicht in der Aufhebung der Vertretungskörper-

Abhängig von der konkreten Situation

„Diese Wahl ist eine Revolution“



schaften und der Wählbarkeit zu suchen, sondern in der Umwandlung der Vertretungskörperschaften aus Schwatzbuden in „arbeitende“ Körperschaften.“

Zum Nachdenken

„Der Sozialismus bedeutet nicht weniger, sondern mehr Demokratie für das Volk. Jede bürgerliche Demokratie – wie groß auch immer die politischen Einwirkungsmöglichkeiten und Freiheiten des Volkes sein mögen – beruht auf der ökonomischen Macht der Kapitalistenklasse. Sie ist in jedem Fall eine Form der politischen Herrschaft des Kapitals, der Herrschaft einer kleinen Minderheit über die Mehrheit.“

(Programm der DKP, S. 61)

Verquickung von Kapital und Politik

Und unter solchen arbeitenden Vertretungskörperschaften, solchen demokratischen bzw. sozialistischen Parlamenten verstand Lenin „Körperschaften, in denen die Freiheit des Urteils und der Beratung nicht in Betrug ausartet, denn die Parlamentarierer müssen selbst arbeiten, selbst ihre Gesetze ausführen, selbst kontrollieren, was bei der Durchführung herauskommt, selbst unmittelbar vor ihren Wählern die Verantwortung tragen“.
(Lenin, Werke, Band 25, S. 434–437)

3. Die tiefe Kluft

Die eigene Anschauung und Erfahrung haben inzwischen auch in unserem Lande viele Millionen Menschen erkennen lassen, was es mit

dem bürgerlichen Parlamentarismus heute auf sich hat. Die Flick-Affäre, die ans Tageslicht gekommene direkte und indirekte Bestechung von Abgeordneten und Ministern, die Dienstbarmachung ganzer Regierungen; die Einflußnahme des Großkapitals auf Parlamentsentscheidungen entweder durch direkt in die Parlamente entsandte Vertreter oder durch sogenannte Berater, die im Auftrag des Kapitals Gesetze, Verfügungen, etc. ausarbeiten, all das empört die Menschen. Eine immer größere Zahl von Wählern ist unzufrieden, weil die Parteien des Kapitals nicht halten, was sie versprechen.

Statt weniger Waffen, wie von der Kohl-Regierung versprochen, stehen heute in der Bundesrepublik mehr und gefährlichere Waffen, z. B. die US-Atomraketen; statt den Frieden sicherer zu machen, wie versprochen, macht man ihn immer unsicherer, nicht zuletzt durch die Beteiligung an Reagans Weltraumkriegsplänen. Statt die Arbeitslosigkeit zu überwinden, sind die Arbeitslosenzahlen höher als vor vier Jahren. Statt die Demokratie zu wahren, ist das Streikrecht der Gewerkschaften ausgehöhlt worden.

Die Ursachen für diese negative Entwicklung sieht die DKP in der Verquickung von Großkapital und Politik. Diese Verquickung hat dazu geführt, daß eine tiefe Kluft zwischen Verfassungsrechten und Verfassungswirklichkeit entstanden ist. Diese Verquickung hat auch das parlamentarische Wirken untergraben. „Sie begünstigt,“ so wurde auf dem 8. Parteitag der DKP formuliert, „die Deformierung des Parlamentarismus bis hin zu einem System der autoritären Bevormundung der Bürger und der Mißachtung des Bürgerwillens. Das alles rechtfertigt es zu erklären: Wenn Regierung und Parlamentsmehrheit

oder die Regierung unter Umgehung des Parlaments den Mehrheitswillen des Volkes mißachten, dann muß der außerparlamentarische Kampf verstärkt werden, dann ist eine demokratische Erneuerung der parlamentarischen Ordnung notwendig.“

4. Für demokratische Erneuerung

Im Bericht des Parteivorstandes an den 8. Parteitag wird festgestellt: „Die Kluft zwischen den Grundrechten der Verfassung und der Verfassungswirklichkeit muß überwunden werden. Die Allmacht der Monopole muß zurückgedrängt werden. Die Deformierung des Parlamentarismus und autoritäre Bevormundung der Bürger muß aufhören. Was wir brauchen, ist die Verteidigung und den Schutz der Grundrechte, ist eine Erneuerung der parlamentarisch-demokratischen Ordnung zugunsten der stärkeren Beachtung des demokratischen Bürgerwillens, zugunsten von mehr direkter Demokratie... Wir brauchen die Stärkung des Engagements und der Rechte der Bürger und ihrer Organisationen. Demokratisches Handeln, der Gebrauch demokratischer Rechte dürfen nicht behindert, sondern müssen gefördert werden. Mitbestimmungsrechte sind nicht einzuschränken, sondern zu erhalten und auszubauen. Das System der Anhörung der Bürger vor wichtigen Parlamentsentscheidungen sollte erweitert werden. Es muß nach Mitteln und Wegen gesucht werden kann, daß die Meinung der Bürger nicht nur angehört, sondern auch stärker beachtet werden muß. Von

der in einzelnen Länderverfassungen vorgesehenen Möglichkeit, zu wichtigen Fragen Volksentscheide durchzuführen, muß mehr Gebrauch gemacht werden.“ (Bericht des Parteivorstandes der DKP an den 8. Parteitag, S. 45/46)

In diesem Zusammenhang wendet sich die DKP gegen die 5-Prozent-Klausel, die den Einzug neuer Kräfte und politischer Minderheiten in die Parlamente erschweren und verhindern soll. Die DKP verlangt eine Demokratisierung der Wahl- und Parteiengesetze mit dem Ziel, daß auch außerparlamentarische demokratische Kräfte mehr Möglichkeiten erhalten, sich an der parlamentarischen Meinungsbildung zu beteiligen.

Diese Positionen der DKP sind Teil ihrer Orientierung auf eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Natürlich ist das eine Kampfposition. Die Kommunisten gehen davon aus, „daß es möglich ist, im Falle der Entwicklung einer breiten und tiefwirkenden Massenbewegung das parlamentarische System, so, wie es heute ist, nicht unwesentlich zu verändern. Wenn im Zusammenhang mit dem Kampf um andere antimono-

Erneuerung ist notwendig



Zum Nachdenken

Die DKP „verteidigt die im Grundgesetz verankerten persönlichen Freiheitsrechte der Bürger“.

(Programm der DKP, S. 52)

polistische Ziele... die allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungen des Wirkens auch des Parlaments geändert werden, erlangt der parlamentarische Kampf selbst auch eine andere Bedeutung.“ (Willi Gerns/ Robert Steigerwald, Antimonopolistischer Kampf heute, VMB, S. 144)

Neue Bedeutung des parlamentarischen Kampfes



2. *Wahlbündnisse sind Bestandteil kommunistischer Bündnispolitik. Die Kommunisten streben Wahlbündnisse nicht deshalb an, um Augenblickserfolge zu erzielen. Wahlbündnisse wie Bündnisse überhaupt sind notwendig, um die Kräfte der Arbeiterklasse, der anderen werktätigen Schichten und aller von der Herrschaft des Monopolkapitals Betroffenen zu sammeln, zusammenzuführen und zu einer Kraftentfaltung kommen zu lassen, die Erfolg für alle demokratischen Kräfte verspricht.*

Kommunisten und Wahlbündnisse

Wahlbündnisse zu schaffen ist eine der kompliziertesten Seiten der kommunistischen Bündnispolitik. In der Regel treten zu Wahlen konkurrierende Parteien an. Ungeachtet sonstiger Verschiedenheiten hat natürlich jede sich zur Wahl stellende Partei oder Gruppierung zunächst das Interesse, möglichst viele Wählerstimmen für sich und die eigenen politischen Vorstellungen zu gewinnen. In einem Wahlbündnis müssen logischerweise Kompromisse eingegangen werden. Man muß sich beispielsweise die Kandidatenplätze teilen; man kann das eigene Programm nicht in vollem Umfang präsentieren, man muß dort Abstriche machen, wo Bündnispartner anderer Meinung sind. In der Regel taucht in Wahlbündnissen auch nicht der eigene Parteiname auf, sondern es muß eine neue gemeinsame Bezeichnung für alle am Bündnis beteiligten Kräfte gefunden werden.

1. Aktuelle Inhalte

Wahlbündnisse erfordern deshalb politische Reife aller Partnerinnen und Partner. Sie verlangen vor allem Einsicht und Durchblick bezüglich der inhaltlichen Erfordernisse eines Wahlbündnisses. Diese inhaltlichen Möglichkeiten formulierte die DKP schon anfangs der achtziger Jahre für die Bundesrepublik wie folgt:

„Wir könnten uns beispielsweise ein aktuelles Wahlprogramm vorstellen, das ohne Wenn und Aber gegen die Stationierung neuer US-amerikanischer Atomraketen, für Verhandlungen über die Reduzierung von Kernwaffen in Ost und

West, die Abwehr von Sozialdemontage und Erweiterung sozialer Rechte, die Brechung des Alleinvertretungsanspruches der Bonner Parteien, die Durchsetzung von mehr direkter Demokratie, die Achtung des Bürgerwillens in allen wichtigen Angelegenheiten . . . Stellung bezieht.“ (Aus dem Bericht von Herbert Mies an den 6. Parteitag der DKP, Hannover 1981, Protokoll, S. 88)

Komplizierte Aufgabe



Zum Nachdenken

„Bürger Marx ist ebenfalls der Meinung . . . man müsse die Sache nun einmal nehmen wie sie sei. Da es nun wichtig sei, dem jetzigen absoluten System eine möglichst starke Opposition zu machen, erfordere es schon der gesunde Menschenverstand, wenn man einsähe, seine eigene prinzipielle Meinung nicht bei den Wahlen durchsetzen zu können, daß man sich mit einer andern Partei, die ebenfalls Opposition macht, vereinige, um nicht unseren gemeinschaftlichen Feind . . . siegen zu lassen!“

(Aus der Komiteesitzung des Arbeitervereins vom 15. Januar 1849, in Marx/Engels, Werke, Bd. 6, S. 579)

Nur zwei Punkte sah und sieht die DKP, die ihr eine Beteiligung an einem Bündnis, auch an einem Wahlbündnis, verwehren:

das wäre zum einen der Fall, wenn in einem Bündnis-Wahlprogramm antikommunistische Positionen formuliert würden;

und zum anderen, wenn mit einem solchen Programm die Kommunisten veranlaßt werden sollten, Positionen zu unterschreiben, die sich offensichtlich gegen die Interessen der Arbeiterklasse richten.

Das machen Kommunisten nicht mit

Q-Pong

Kennen Sie schon den unidoc-Gesamtkatalog???

Er enthält auf 900 Seiten

- Informationen zu 400 Filmen
- nach Themenschwerpunkten geordnet
- mit ausführlichen Inhaltsangaben zu jedem Film
- und Verleihbedingungen, Veranstaltungstips

Kennen Sie nicht? Dann gibt's nur eins:

Ich bestelle

- Den Gesamtkatalog (900 Seiten) für 15,- DM
- Gegen Voreinzahlung Postgirokonto 5076-467 Postgiroamt Dortmund
- Ich lege einen Verrechnungsscheck bei
- Geben Sie Rechnung per Nachnahme (zus. 4,- DM Pauschale)

Ich wünsche außerdem kostenlose regelmäßige Informationen zu folgenden Themen:

Name

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Unterschrift



Umgekehrt könnten wir Kommunisten anderen zum Sozialismus tendierenden Kräften nicht vorschreiben, welche Vorstellungen sie von einer sozialistischen Gesellschaft haben sollen. Und Kommunisten könnten auch grün-alternativ orientierten Partnern nicht zur Bedingung für ein Bündnis machen, sie sollten zuvor ihre Meinung zur Kernenergie über Bord werfen oder ihren basisdemokratischen Auffassungen abschwören.

2. Marxistische Prinzipien

Gerade bei Wahlbündnissen lassen sich Kommunisten von zwei grundsätzlichen Bündnisüberlegungen leiten, die so alt sind wie der Marxismus. Der eine Bündnisgrundsatz postuliert die gleichberechtigte Partnerschaft. Vor mehr als 100 Jahren sagte Friedrich Engels zu den unterschiedlichen demokratischen Strömungen: „Jedes Bündnis, das die Gleichheit (der Partner) nicht als seine Grundlage anerkennen würde, wäre selbst antidemokratisch.“ (In Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 436)

Engels formulierte diese Worte vor dem Hintergrund des kommunistischen Manifestes, in dem die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus auch die Grundlagen der kommunistischen Bündnispolitik legten, indem sie programmatisch forderten: „Die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre (demokratische) Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände.“ Und: „Die Kommunisten arbeiten überall an der Verbindung und der Verständigung der demokratischen



Parteien aller Länder.“ (In Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 493)

Gleichberechtigte Partnerschaft heißt zugleich jede Absage an offenen oder verdeckten Führungsanspruch. Qualitäten oder Verdienste eines jeden Partners sind allein an den Initiativen und Aktivitäten zu messen, die für das gemeinsame Bündnisziel entfaltet werden.

„Verständigung der demokratischen Parteien“, wie sie von den Marxisten verstanden wird, verlangt also die Respektierung der politischen Motive, der Weltanschauung und der organisatorischen Selbständigkeit der Partner. Wir Kommunisten sind dazu bereit. Wir wissen, daß dies anderen politischen Kräften gegenüber der Deutschen Kommunistischen Partei nicht gerade leichtfällt. Die DKP ist deshalb auch zu einer Verfahrensweise in Bündnissen bereit, die, bei Wahrung der Eigenständigkeit aller Partner, „das Recht einschließt, sich zwar nicht im Namen der Bündnisse, wohl aber im Namen der jeweiligen Organisation oder Bewegung auch zu Fragen zu äußern, in denen die Positionen der

Bündnispartner nicht übereinstimmen.“ (Aus dem Bericht von Herbert Mies an den 6. Parteitag der DKP, Hannover 1981, Protokoll, S. 89)

3. Historische und internationale Erfahrungen

Kommunisten verfügen über vielfältige Erfahrungen der Bündnis- und Wahlbündnispolitik. Das sind nicht zuletzt historische und internationale Erfahrungen. Im Kampf gegen Faschismus und Krieg ergriffen die Kommunisten weltweit die Initiative, um in der Gestalt der Volksfront alle demokratischen Kräfte zusammenzuschließen. Der 7. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale gab im Jahre 1935 das Signal für die Bildung breiter antifaschistischer Bündnisse, die sich zur Hauptaufgabe stellten, alles zu tun, um den Frieden zu erhalten.

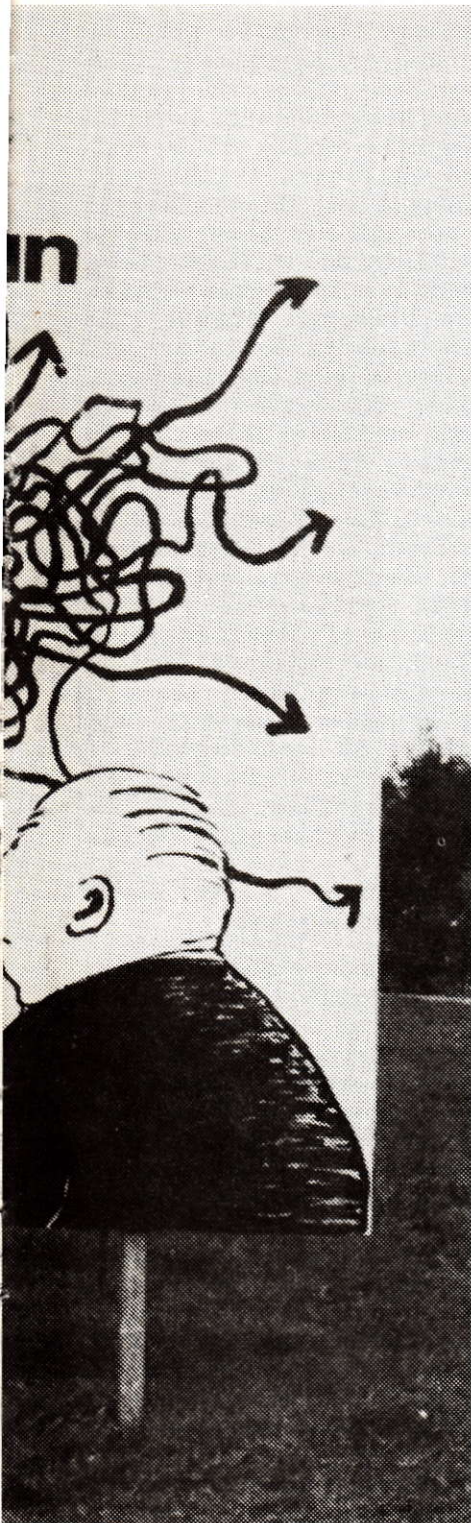
Gefragt das gute Beispiel

Katastrophenplan



*Sie befinden
sich hier!*

**DIE
FRIEDENSLISTE**



Die Kommunistische Partei Deutschlands, von den Faschisten brutal verfolgt, erklärte auf ihrer Brüsseler Konferenz 1935: „Wir Kommunisten sind für die breiteste Volksfront. Gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei, mit der Zentrumspartei, den Demokraten und mit allen Organisationen des werktätigen Volkes muß die Volksfront gegen Hitler, gegen die faschistische Diktatur, für deren Sturz geschaffen werden. Alle Menschen und Gruppen, die diesen Kampf wollen, müssen in dieser Front vereinigt werden.“ (In „KPD 1935“, Verlag Marxistische Blätter, S. 610)

In Chile kämpfen heute die Kommunisten im Bündnis mit allen anderen demokratischen Kräften für die Überwindung der Pinochet-Diktatur. In zahlreichen lateinamerikanischen Ländern wirken die Kommunisten heute in Bündnissen für die Befreiung ihrer Länder von imperialistischer Unterdrückung.

Chile

In Portugal siegte die „Revolution der Nelken“ über die Salazar-Diktatur, weil die demokratischen Kräfte unter maßgeblicher Beteiligung der Kommunisten zusammenwirkten. Bei Wahlen entwickelten die portugiesischen Kommunisten eine sehr erfolgreiche Wahlbündnispolitik. In jüngster Zeit verhinderten sie den Machantritt eines konterrevolutionären Staatspräsidenten, indem sie trotz tiefgehender Meinungsverschiedenheiten gegenüber dem Kandidaten der Sozialistischen Partei, Mario Soares, zu dessen Wahl aufriefen.

Portugal

In Spanien entwickelte sich trotz der Spaltung der Kommunistischen Partei ein linkes Wahlbündnis, um die Entfaltung der fortschrittlichen Kräfte zu fördern. Es schlossen sich zu diesem Bündnis die Kommunistische Partei Spaniens, die Kommunistische Partei der Völker

Spanien

Spaniens und zahlreiche demokratische Persönlichkeiten zusammen, die keiner Partei angehören.

Geschichte und Gegenwart beweisen: demokratische Zusammenarbeit bei Wahlen und im parlamentarischen Bereich sind nicht nur denkbar, sondern auch machbar.

4. Erfahrungen der DKP

Dabei spielen die konkreten Bedingungen der jeweiligen politischen Situation eine große Rolle. Sie bestimmen die unterschiedlichen Formen der Zusammenarbeit in Bündnissen und Wahlbündnissen. Die Kommunisten haben in den letzten Jahren einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Entwicklung der Friedensbewegung, der Frauenbewegung, der demokratischen Bewegungen gegen Neonazis und Berufsverbote geleistet. Sie haben ihre Bündnisfähigkeit unter Beweis gestellt. Sie haben gezeigt, daß sie ebenso wie in den außerparlamentarischen Bündnissen auch in Wahlbündnissen aufrichtige und aktive Partner sind. Sie wirken heute in der FRIEDENSLISTE, jenem Wahlbündnis, das Christen, Linksliberale, Demokratische Sozialisten und Unabhängige mit den Mitgliedern der DKP vereint, um im Bundestagswahlkampf 1987 die Sicherung des Friedens zur alles überragenden Frage für die Wahlentscheidung zu machen.

Die Kommunisten sind auch bereit und fähig, weitere Formen einer konstruktiven Zusammenarbeit bei Wahlen und im Parlament zu praktizieren. Die FRIEDENSLISTE ist beispielsweise ein Personenbünd-

nis unter Einschluß von Kommunistinnen und Kommunisten. Wenn die Bedingungen dafür gegeben sind, ist die DKP auch für ein Organisationsbündnis, also das Bündnis von Parteien, Organisationen, Gruppen etc. Die Kommunisten waren und sind bereit, auch auf den Listen anderer demokratischer Parteien zu kandidieren. Sie haben ihre Bereitschaft bekundet – und bei regionalen Wahlen auch entsprechend gehandelt –, demokratische Wahlbewerber auf DKP-Listen kandidieren zu lassen. Eine andere Form kommunistischer Wahlbündnispolitik kann darin bestehen, eigene Kandidaten zurückzuziehen, um im Gesamtinteresse der demokratischen Bewegung anderen Kandidaten zur Wahl ins Parlament zu verhelfen. Bei eigener Kandidatur waren und sind die Kommunisten immer bereit, in Wahlkämpfen gemeinsam oder parallel mit konkurrierenden demokratischen Parteien solche Aktivitäten zu entfalten, die die Rechtskräfte zurückzudrängen vermögen.

In den Thesen zum 8. Parteitag der DKP wird festgestellt:

„Wahlbündnisse sind um so erfolgversprechender, je breiter sie sind, je mehr sie in außerparlamentarischen Bewegungen wurzeln und deren Anliegen unterstützen. Hauptanliegen demokratischer Wahlbündnisse, vor allem auf nationaler Ebene, ist das Ringen um die Erhaltung des Friedens. Demokratische Wahlbündnisse sollten zugleich Grundfragen des Kampfes für das Recht auf Arbeit, für soziale Sicherheit und Gleichberechtigung, für Umweltschutz und für demokratische Freiheiten einschließen. Wir meinen, daß demokratische Wahlbündnisse um so erfolgreicher sein werden, je stärker ihre Forderungen in der Arbeiterklasse Zustimmung finden.“ (These 36)

Bereit zum Handeln



Die Formen des Herangehens der Kommunisten an die Bundestagswahl 1987 sind aus der konkreten Analyse der gegenwärtigen Situation

3. Die Situation im Lande bestimmt worden. Diese Situation stellt sich so dar: vor der Bundestagswahl '87

Willi Gerns
Robert Steigerwald

Antimonopolistischer Kampf heute



Verlag Marxistische Blätter
Frankfurt am Main 1983

MARXISTISCHE BLÄTTER

Zeitschrift für Probleme der
Gesellschaft, Wirtschaft und Politik

- untersuchen aus marxistischer Sicht Erscheinungen und Prozesse aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik
- in Kommentaren, Artikeln, Berichten, Diskussionsbeiträgen, Antworten und Leserzuschriften und Konsultationen
- besprechen Neuerscheinungen der politischen und gesellschaftswissenschaftlichen Literatur

MARXISTISCHE BLÄTTER erscheinen zweimonatlich. Der Umfang beträgt 108 bis 128 Seiten. Bezug über den Buchhandel oder über den Verlag.

Preis des Einzelheftes 4,80 DM. Jahresabonnement ab Verlag 21,50 DM zuzüglich Versandkosten.

Arbeitslose, Lehrlinge, Schüler, Studenten sowie Wehr- und Ersatzdienstleistende erhalten bei Vorlage entsprechender Bescheinigung ein ermäßigtes Abonnement zu 17,50 DM zuzüglich Versandkosten.

Preise gültig 1981

Auf der einen Seite die Rechtskräfte, verkörpert in der Rechtskoalition in Bonn. Hinter dieser Regierung stehen die Kräfte des Monopolkapitals, die sich mit Sozialabbau, Demokratie-Einschränkung und enger Bindung an Reagans Rüstungsstrategien die Sicherung und Ausdehnung auch des eigenen Einflusses, der Profitmaximierung zu ihren Gunsten versprechen.

Auf der anderen Seite ist die Opposition gegen die Rechtskoalition und gegen das „geflickte“ System angewachsen. Das Kräftepotential für eine andere Politik ist vorhanden. Es kann zur bestimmenden Kraft in unserem Lande werden, wenn das sich verändernde Kräfteverhältnis zielgerichtet zur Ablösung der Rechtskoalition genutzt wird.

1. Kooperieren, nicht zersplittern

Zu dem sich verändernden Kräfteverhältnis gehört das stärker werdende Engagement der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nicht nur in sozialen, sondern auch in politischen und gesellschaftlichen Fragen.

Dazu gehört das Anwachsen von Initiativen und Aktivitäten der Intellektuellen unseres Landes, der technischen Intelligenz, von immer mehr Naturwissenschaftlern, von Künstlern und Kulturschaffenden. Die Frauenbewegung hat so an Kraft gewonnen, daß es heute kaum noch einen Bereich, kaum noch eine Partei, Organisation oder Institution gibt, die sich der Diskussion um die Frauenrechte entziehen könnte.

Die Mehrzahl der Jugendlichen hat sich von den Rechten nicht beschwichtigen oder gar verführen lassen. Die Aktionen der Jugend

für den Frieden, gegen das Bonner Atomprogramm, für Lehrstellen, gegen Völkerhaß und Rassismus, gegen die Amerikanisierung der Hochschulen richten sich gegen die „geistig-moralische Wende“ derer, die selbst korrumpiert sind bis auf die Knochen, und gegen jene, die neonazistische Jugendbanden fördern.

Zu dem sich verändernden Kräfteverhältnis gehören die verbesserten Möglichkeiten der Aktionseinheit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Auf dem 8. Parteitag der DKP stellte Herbert Mies, Vorsitzender der DKP, fest: „In der wichtigsten aller Fragen, der Frage nach dem Erhalt des Friedens, gibt es heute mehr Gemeinsamkeiten von Sozialdemokraten und Kommunisten als je zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik.“ (Bericht an den 8. Parteitag, S. 53)

Die Grünen tragen nicht unwesentlich zur Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Friedens, der Demokratie und eines neuen Sicherheitsdenkens in bezug auf globale Gefährdungen der Menschheit bei. Manche von ihnen treten für ein punktuell zusammenwirken mit der DKP in außerparlamentarischen Bewegungen, vor allem in der Friedensbewegung, in der Bewegung gegen die Berufsverbote u. a. ein. Die Bereitschaft der Grünen zur Kooperation mit der SPD ist gewachsen, hat stellenweise zu parlamentarischen und Regierungskoalitionen geführt. Aber sowohl gegenüber der SPD als auch der DKP und gewerkschaftlichen Positionen bauen maßgebliche Kreise der Grünen immer wieder Hindernisse auf, weil sie die Erfüllung ökologischer Maximalforderungen zur Bedingung für Bündnisse machen.

Diese Haltung der Grünen, verbun-

den mit ihrer Geringschätzung des gemeinsamen Kampfes gegen rechts, trägt nicht zur Potenzierung der demokratischen Kraft bei.

Auch die Versuche bestimmter Kräfte in der SPD, die Grünen aus den Parlamenten zu verdrängen, jegliche Formen der Kooperation mit den Grünen zur Ablösung der Rechtsregierung auszuschließen und statt dessen Erwägungen über eine Koalition mit der CDU und mit der FDP anzustellen, schaden der demokratischen Gesamtbewegung.

2. Die Chance zur Ablösung nutzen!

Die Analyse der Situation und der Kräfte läßt uns Kommunisten zu dem Schluß kommen, daß trotz mancher Probleme eine reale Chance erwachsen ist, mit der Bundestagswahl 1987 die Rechtskoalition abzulösen. Die Kommunisten haben deutlich gemacht, daß es bei Berücksichtigung der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse das Beste wäre, wenn es zu einer SPD-geführten Regierung käme, die in irgendeiner Form mit den Grünen kooperierte. Zurückhaltungen und Skepsis bei manchen Sozialdemokraten und Grünen halten die Kommunisten für nicht gerechtfertigt. Die DKP sagte auf ihrem 8. Parteitag: „Für die Kräfte, die für eine neue Politik und eine andere Regierung sind, kann es nicht darum gehen, sich voneinander abzugrenzen, sondern es muß darum gehen, gemeinsam und parallel den Hauptstoß gegen die CDU/CSU zu führen. Die Suche nach geeigneten Formen der Zusammenarbeit der Kräfte links von der CDU/CSU muß weitergehen.“ (Bericht des Parteivorstandes der DKP, S. 57)

Verändertes Kräfteverhältnis

Hemmnisse für Bündnisse



4.

Im Ergebnis des Aufschwungs außerparlamentarischer Bewegungen, insbesondere der Friedensbewegung, hat sich bei den Europawahlen von 1984 mit der FRIEDENSLISTE in Form eines Personenbünd-

Die DKP und die FRIEDENSLISTE

nisses erstmals seit langer Zeit ein demokratisches Wahlbündnis unter Einschluß von DKP-Mitgliedern an Wahlen auf Bundesebene beteiligt.

In den Thesen des 8. Parteitages der DKP wird die Bedeutung dieser Entwicklung erläutert: „Die Existenz eines solchen Wahlbündnisses eröffnet denjenigen demokratischen Kräften, die sich nicht von der SPD und den Grünen vertreten sehen, die Chance, gemeinsam am Ringen um parlamentarische Positionen teilzuhaben. Es kann dazu beitragen, Druck auf die etablierten Parteien auszuüben und auch den außerparlamentarischen Kampf zu bereichern. Eine politisch handlungsfähige und letztlich auch regierungsfähige Mehrheit links von der CDU/CSU, durch die die Rechtskoalition abgelöst werden kann, und Fortschritte bei der Sicherung des Friedens und der Durchsetzung sozialer Interessen der arbeitenden Menschen in Gang gebracht werden können, ist um so eher möglich, je mehr alle Kräfte des demokratischen und linken Spektrums, einschließlich der DKP, auch im parlamentarischen Kampf präsent sind.“ (Thesen, S. 93)

Die Grünen lehnten nach Bekanntwerden der Kandidatur der FRIEDENSLISTE deren Angebot zum Zusammenwirken ab. Wieder gewannen bei maßgeblichen Sprechern der Grünen antikommunistische Vorbehalte die Oberhand, als sie ihre Ablehnung damit begründeten, daß die FRIEDENSLISTE der DKP bei gleichbleibender Programmatik einen „neuen Mantel“ biete, mit dem sich „offensichtlich besser Stimmen einfangen“ lasse.

Die DKP braucht indes, wie wiederholt dargestellt, keinen neuen Mantel für ihre Bündnispolitik. Es geht ihr auch nicht um Stimmenfang. Es geht ihr bei der Unterstützung der FRIEDENSLISTE um Inhalte. Das betonte Herbert Mies, Vorsitzender der DKP, auf dem 8. Parteitag in Hamburg im Mai 1986:

„Mit der FRIEDENSLISTE steht ein Bündnis zur Wahl, das aus Teilen der Friedensbewegung hervorgeht und die Friedensfrage zu einer entscheidenden Frage auch bei Wahlen machen will... Mit der FRIEDENSLISTE stellt sich eine Kraft zur Wahl, die den Gedanken der Einheit aller Kräfte links von der CDU/CSU konsequent vertritt... Mit der FRIEDENSLISTE steht ein Bündnis zur Wahl, in dem neben Christen, Linksliberalen, Demokratischen Sozialisten und Unabhängigen auch Kommunisten gleichberechtigt mitwirken. Jede Stimme für die FRIEDENSLISTE ist eine Demonstration für die Förderung des Prozesses der Verständigung und Kooperation der demokratischen Kräfte unseres Landes, ist eine Stimme gegen Ausgrenzung, ist eine Stimme gegen Zersplitterung der Oppositionskräfte.“

Das
Personenbündnis



Zum Nachdenken

„Die verfassungsmäßigen Rechte der Parlamente müssen erhalten und ausgebaut werden. ... Der DKP geht es darum, den beherrschenden Einfluß des Großkapitals auf Gesetzgebung und Verwaltung zu überwinden.“

(Programm der DKP, S. 53)

Die FRIEDENSLISTE wird durch ihr Eingreifen in den Wahlkampf das politische Klima zugunsten der Ziele beeinflussen, für die auch die DKP im Wahlkampf eintritt: Der Kampf für den Erhalt des Friedens, der Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit, gegen den Abbau sozialer und demokratischer Rechte können im Bündnis wirkungsvoller vertreten werden.“ (Bericht des Parteivorstandes der DKP an den 8. Parteitag, S. 58)

Die DKP
braucht keinen
neuen Mantel

Die **UZ**
schreibt für den Frieden.



Die
Zeitung der
arbeitenden Menschen.
Zeitung der DKP.

Die **UZ** können Sie probelesen:

14 Tage kostenlos und
unverbindlich. Anruf genügt:
(02101) 590321, Kollege Duis-

berg, oder Postkarte schreiben
an: Plambeck & Co,
Postfach 101053, 4040 Neuss 1

MARX

IST GEGENWART

HERAUSGEGEBEN VOM IMSF
MATERIALIEN ZUM
KARL-MARX-JAHR
1983



Verlag Marxistische Blätter
Frankfurt am Main 1983

1. Was wir unterstützen

Die FRIEDENSLISTE hat in ihrem Beschluß zur Teilnahme an der Bundestagswahl 1987 folgende Fragen genannt, die „eine Kandidatur nicht nur legitim, sondern zwingend geboten“ machen:

1. Frieden: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles andere nichts.

2. Die FRIEDENSLISTE will den Brückenschlag zwischen Friedens- und Arbeiterbewegung. Nur so können mit „Abrüstung“ Voraussetzungen für die Lösung der drängendsten Probleme geschaffen werden, nur so ist der Frieden zu sichern.

3. Die FRIEDENSLISTE ist auch ein Wahlbündnis! Sie rückt gemeinsames Handeln in den Mittelpunkt, sie will es auch in die Parlamente tragen. Die FRIEDENSLISTE will die Erneuerung der Zusammenarbeit von Friedens- und Ökologiebewegung, sie will das gemeinsame Handeln von Arbeiter- und Friedensbewegung.

4. Die FRIEDENSLISTE geht vom Vorrang der außerparlamentarischen Bewegung gegenüber den Parteiinteressen aus.

5. Die FRIEDENSLISTE tritt ein für die Zusammenführung der Kräfte links von der Rechtsregierung; für eine neue Politik, gegen einen SPD-Kurs der Verdrängung der Grünen, den Mut zur Kooperation mit der grünen Partei; für den Mut der Grünen, gegenüber und mit der SPD eine neue Politik durchzusetzen.

6. Die FRIEDENSLISTE wird ihren Wahlkampf vor allem gegen die Rechtskräfte richten, anders als SPD und Grüne, die – aus unterschiedlichen Gründen – der für einen Wahlerfolg der demokra-

Karlheinz Hansen,

*ehemaliger SPD-
Bundestags-
abgeordneter,
heute einer
der Sprecher der
FRIEDENS-
LISTE*



tischen Opposition nötigen Konfrontation mit der Rechtsregierung eher ausweichen.

7. Die FRIEDENSLISTE als parteiübergreifendes Personenbündnis ist die einzige kandidierende Kraft, die ohne Abstriche der Staatsdoktrin des Antikommunismus entgentritt, gegen Feindbilder, mit denen Aufrüstung und Krieg immer wieder gerechtfertigt werden. (Siehe UZ, 1. 7. 86)

2. Die neuartige Kandidatur

Die DKP stimmt mit diesen Fragestellungen vollauf überein, wie sie ebenso die neuartige Kandidatur der FRIEDENSLISTE mit allen Kräften unterstützt.

Die FRIEDENSLISTE kandidiert bekanntlich bundesweit mit Direktkandidatinnen/kandidaten, jedoch ohne Landeslisten.

Da die Wählerinnen und Wähler zu den Bundestagswahlen über zwei Wahlstimmen verfügen, a) über die Stimme für die Wahlkreiskandidaten, b) über die Stimme für die Landeslisten der Parteien, orientiert die FRIEDENSLISTE darauf, daß die Wahlberechtigten ihre Erststimme den Wahlkreiskandidaten der FRIEDENSLISTE geben und die Zweitstimme für eine Ablösung der Kohl-Regierung einsetzen.

Mit der Abgabe der Erststimme für die FRIEDENSLISTE können alle, die ein Zeichen für eine konsequente Friedenspolitik setzen wollen, dies demonstrativ tun, vor allem auch solche Leute, die in vielen Fragen nicht mit SPD oder Grünen übereinstimmen.

„Mit der Zweitstimme“, so erläuterte die stellvertretende Vorsitzen-

de der DKP, Ellen Weber, „die Stimme, die über die parteipolitische Zusammensetzung des neuen Bundestags entscheidet, wird SPD oder grün gewählt. Diese Parteien können die Wende-Politiker ablösen. Sie müssen für eine deutliche Mehrheit kämpfen. Diese Mehrheit ist möglich, wenn beide Parteien nicht gegeneinander, sondern gegen die CDU/CSU und FDP kämpfen.“

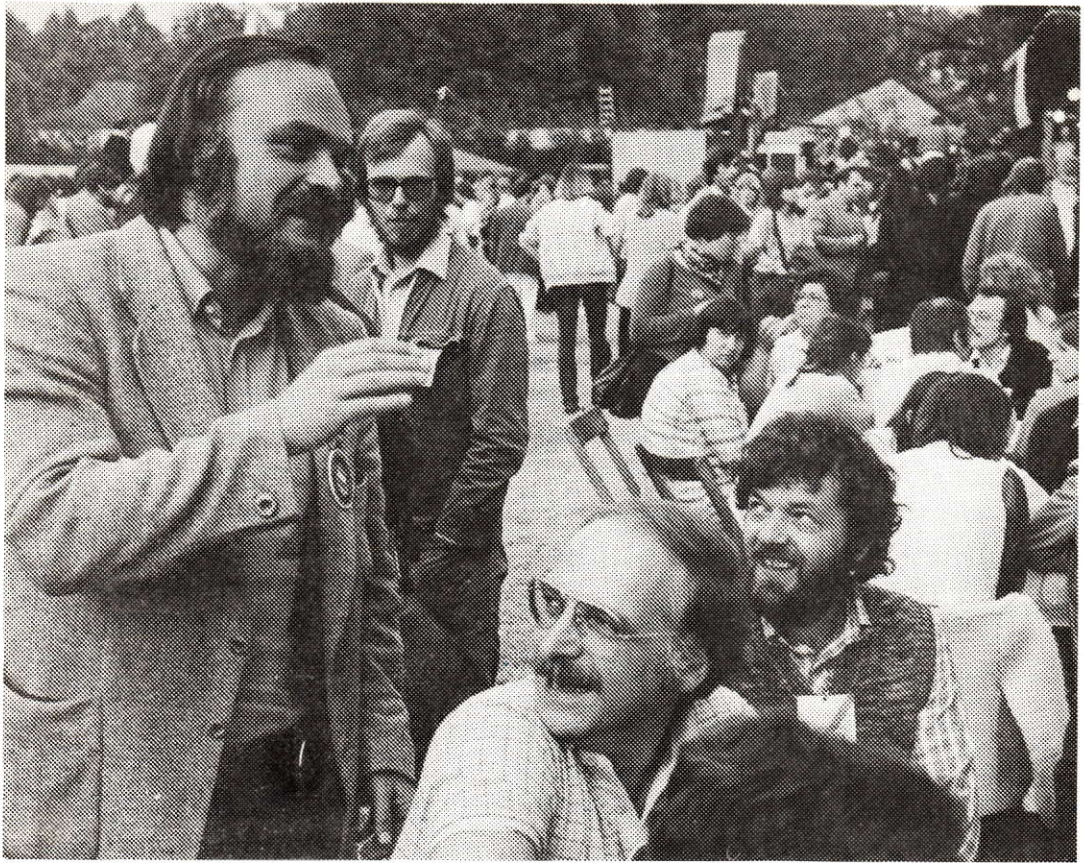
Und Ellen Weber fügte hinzu: „Eine neue Mehrheit links von der CDU/CSU ist freilich noch keine neue Politik. Aber sie ist dafür eine wichtige Voraussetzung . . . Für alle demokratischen und linken Kräfte – insofern auch für die DKP – wäre das zunächst parlamentarische Ende der Wende der Ausgangspunkt für bessere Kampfbedingungen. Es wäre ein Fortschritt für die Aktionseinheits- und Bündnispolitik. Es wäre ein deutliches Bekenntnis, dem Hauptanliegen der DKP: Alles für den Frieden, alles für die soziale Sicherheit der Bevölkerung zu unternehmen, zum Durchbruch zu verhelfen. Die Ablösung der Rechtskoalition wäre ein großer Gewinn für alle!“ (Siehe UZ, 4. 7. 86)

3. Drei Bestandteile kommunistischen Wahlkampfes

Die Kommunisten sehen ihre Aufgabe in diesem Wahlkampf zur Bundestagswahl '87 darin, einen aktionsbezogenen, direkten Wahlkampf für die FRIEDENSLISTE zu führen. Die Kommunisten bringen ihre eigenen Beiträge in den Wahlkampf der FRIEDENSLISTE

*Hauptstoß
gegen die
CDU/CSU*

*Eigenständige
Beiträge gefragt*



ein. Die DKP ist gefordert, gleichzeitig ihr Profil als Arbeiterpartei weiterzuentwickeln, sich weiter politisch, ideologisch und organisatorisch zu stärken.

Die DKP stellt mit dem Auftreten ihrer Mitglieder in den realen gesellschaftlichen Bewegungen und als partnerschaftliche Kandidatinnen und Kandidaten der FRIEDENSLISTE die Verbindung her zwischen der außerparlamentarischen und der Wahlbewegung. Vor allem wirkt sie darauf hin, die Kräfte im außerparlamentarischen Raum weiter zu sammeln, damit Wahlkämpfe überhaupt Erfolg haben können für alle demokratischen und linken Kräfte. Nicht zuletzt wird die DKP im Wahlkampf ihr Bemühen um die

Aktionseinheit fortsetzen, weil dies die Grundlage für erfolgreiche Bündnisbestrebungen auch nach dem Wahltag sein wird.

In diesem Sinne hat die 2. Parteivorstandstagung der DKP im Juni 1986 die drei Bestandteile des kommunistischen Wahlkampfbeitrages zusammengefaßt:

„Erstens wirken Kommunisten gleichberechtigt mit anderen Kräften aktiv in der FRIEDENSLISTE;

zweitens unterstützt die DKP als Partei in allen 248 Wahlkreisen den Wahlkampf der FRIEDENSLISTE;

drittens wird die DKP mit eigenständigen Beiträgen ihr Profil als Arbeiterpartei entwickeln.“

(Siehe UZ, 2. 7. 86)

Ulli Stang,

Fraktionsvorsitzender der DKP in der Marburger Stadtverordnetenversammlung

G für den Bundestagswahlkampf ute Argumente

*Zum Einstieg
und zur
inhaltlichen
Vorbereitung
in den
Bundestags
wahlkampf hat
die Friedensliste
eine Reihe von
Materialien
herausgegeben.*

Last der Rüstung

Sachverständige aus Politik und Wissenschaft analysieren den Rüstungshaushalt und zeigen die neuen Trends auf 60 Seiten. 4,- DM.

PATRIOT ein kleines SDI

Broschüre von Wolfgang Bartels über die Bedeutung der PATRIOT-Raketen.

5 084 sollen in der Bundesrepublik stationiert werden und als Raketenabwehr Verwendung finden. Ein „kleines SDI“ in Westeuropa. 3,- DM.

1 000 000 000 sind kein Pappentier

Eine Analyse von Eberhard Dähne über die Ausgaben für Rüstung und Militär am Beispiel des Bundeslandes NRW. 8,50 DM.

Stützpunkte für den Krieg

Broschüre zur kommunalen Friedensarbeit. Sie bietet Anregungen und Hilfen für alle, die in der Friedensarbeit die kommunalen Aspekte und Ansatzpunkte berücksichtigen wollen. Von Klaus Mannhardt. 4,- DM.

Militärland Bundesrepublik

Atomare, chemische und konventionelle Waffen in der Bundesrepublik; Notkrankenhäuser, Autobahnlandeplätze usw. 5,- DM.

Eine Dokumentation des SDI-Vertrages zwischen Bonn und Washington und der vertraulichen Briefe zu diesem Thema zwischen R. Perle (stellv. US-Kriegsminister) und Lorenz Schomerus (Wirtschaftsministerium). Kostenlos.

*Bestellt
werden kann das
Material bei der
FRIEDENSLISTE,
Baumschulallee 2a,
5300 Bonn 1.
Telefon
(02 28) 63 43 44.*

Lexikon

In ihnen wirken Menschen für politische, soziale, kommunale u. a. Forderungen, die von den etablierten Parteien in den Parlamenten nicht oder nur ungenügend vertreten werden. Die außerparlamentarischen Bewegungen entstanden, nachdem in der ersten Bonner Herrschaftszeit der CDU/CSU deutlich geworden war, daß vor allem in den Fragen Frieden und Demokratie Grundinteressen des Volkes mißachtet wurden. Es entstanden die Bewegungen gegen die Remilitarisierung, gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr, gegen die Notstandsgesetzgebung, gegen die Vietnam-Aggression der USA, aber auch solche Bewegungen wie für die Anerkennung der DDR, für die Aufhebung des KPD-Verbots etc. Heute erfassen die Friedensbewegung, die Frauenbewegung, die ökologische Bewegung u. a. viele Millionen Menschen. Die überwiegende Mehrzahl von ihnen wendet sich nicht gegen das Wirken in Parlamenten, sondern dafür, daß diese tatsächlich Ausdruck des Volkswillens werden.

Außerparlamentarische Bewegungen

Sie waren Ausdruck des Klassenkampfes zwischen Bauernschaft und Feudaladel, den Kaisern, Königen und Fürsten. Die Bauern traten damals schon in Fronstreiks, indem sie unentgeltliche Dienstleistungen und Abgaben an die Adelsherren verweigerten. Während des 14./15. Jahrhunderts kam es zu besonders vielen Bauernaufständen, darunter zum Deutschen Bauernkrieg 1524 bis 1526. Er umfaßte bewaffnete Aktionen vom Schwarzwald, dem Allgäu und Franken bis in die Kurpfalz und Elsaß und nach Thüringen und Sachsen. Die Bauern wehrten sich gegen die Wiedereinführung der Leibeigenschaft, sie wollten freie Menschen sein. Sie wollten Mitspracherechte und eine gerechte Rechtsprechung.

Bauernkriege

Repräsentative Demokratie und plebiszitäre Demokratie werden oft entgegengestellt. Während erstere geprägt ist durch die Wahl von „Repräsentanten“ der Wähler, also Abgeordneten, die das alleinige Gesetzgebungsrecht haben, ist bei dem plebiszitären Typ von Demokratie auch die Möglichkeit von Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksentscheiden gegeben. Dennoch werden unter der Majorität von Rechtskräften in beiden Demokratieformen Volksrechte und -interessen mißachtet. Deshalb fordern demokratische Kräfte immer öfter demokratische Mitwirkung durch direkte Einflußnahme auf Parlamentsentscheidungen. Vor der Stationierung der US-Atomraketen war eine starke Mehrheit der Bevölkerung der BRD gegen die Stationierung. Die Friedensbewegung hatte diese Mehrheitsmeinung zum Ausdruck gebracht. Hätte der Bundestag diese direkte demokratische Entscheidung sich zu eigen gemacht, hätte eine CDU/CSU/FDP-Parlamentsmehrheit nicht der Stationierung zustimmen können.

Direkte Demokratie

Inhaltliches

Seminarplan

1. Einleitung

Die Bundestagswahl '87 ist eine politische Aktion von besonderer Bedeutung.

Wir klären die Frage: Warum hat die Bundestagswahl '87 eine besondere Bedeutung?

Wie im Bildungsheft wollen wir auch während des Bildungsabends zur Beantwortung dieser Frage vor allem die Materialien des 8. Parteitages der DKP, an erster Stelle den Bericht des Parteivorstandes, erstattet von Herbert Mies, zu Rate ziehen. Bildungsabend oder das Bildungsseminar müssen unter dem Motto stehen: Wie können wir ab sofort und während des unmittelbaren Wahlkampfes die demokratischen Kräfte mobilisieren, um zu einer Ablösung der Rechtskoalition zu gelangen?

Wie können wir gemeinsam mit anderen Kräften ein Wahlklima, ein Wählerbewußtsein schaffen, das die Rechtskräfte in die Defensive zwingt?

Zu Beginn der Behandlung des Themas werden diese Fragen aufgeworfen. Natürlich können sie erst im Verlauf der gesamten Diskussion beantwortet werden.

2. Grundsätzliches zu Wahlen

Wie stehen die Marxisten, die Kommunisten, der wissenschaftliche Sozialismus überhaupt zu Wahlen?

Sind Wahlen nicht etwas Zweitrangiges? Sind Wahlen nicht von vornherein Volksbetrug? Ist es überhaupt möglich, mittels Parlamentswahlen Volksmeinung und Volkswillen zum Ausdruck zu bringen? Ändern Wahlen etwas?

Wir müssen klären: Die Bewegung der Volksmassen erfolgt in unterschiedlichen Formen. Es hängt vom Kräfteverhältnis der Klassen unter den jeweiligen Bedingungen ab, welche Form die beste Kampfform ist. Die außerparlamentarischen Kampfformen sind die häufigsten Formen, sowohl in Geschichte als auch in Gegenwart. Wir benennen solche Kampfformen. Wir werfen dabei auch einen Blick in die Geschichte.

3. DKP und Wahlbündnisse

Die parlamentarischen Kampfformen können von größter Bedeutung werden, wenn sich Volksmehrheiten durch bisherige parlamentarische Mehrheiten nicht mehr repräsentiert fühlen; wenn Volksmehrheiten unmittelbar erfahren, daß sich die Regierenden über Grundinteressen hinwegsetzen; wenn Volksmehrheiten sich zusammenfinden, in großen außerparlamentarischen Bewegungen entsprechenden Druck ausüben und Alternativen zum Bestehenden entwickeln.

Wichtig ist herauszuarbeiten: Kommunistische Bündnis- und Wahlbündnispolitik strebt immer danach, die Volksmassen für die Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen zu sammeln; strebt immer danach, die demokratische Gesamtbewegung zu entfalten. Wir benennen wichtige, im Heft genannten, Bündnisgrundsätze und wenden sie auf die gegenwärtige Situation an.

Im Mittelpunkt dieses Abschnittes sollte die Frage stehen:
Was kann die FRIEDENSLISTE bewirken?
Die FRIEDENSLISTE ist die Beweisführung, daß es möglich ist, unterschiedliche politische und weltanschauliche Kräfte, unter Einschluß der Kommunisten, auch im parlamentarischen Bereich wirksam werden zu lassen. Die FRIEDENSLISTE stellt eine unmittelbare Verbindung von außerparlamentarischer und Wahlbewegung dar. Die FRIEDENSLISTE wirkt durch die

Einbeziehung der Kommunisten an der engeren Verbindung von Arbeiterbewegung und Friedensbewegung. Die FRIEDENSLISTE bringt in den Wahlkampf die Forderung nach Frieden und Abrüstung als die alles überragende Forderung ein.

Man kann das Thema mit zwei Kurzvorträgen eröffnen. Der erste Vortrag sollte sich mit der Einleitung des Heftes und mit Abschnitt III beschäftigen. Beide Abschnitte erklären, warum wir gerade dieses Thema behandeln. Denn nicht oft stellen wir ein aktuelles Ereignis an den Anfang eines neuen Bildungsjahres. Der zweite Vortrag hat demnach die Abschnitte I und II zum Inhalt.

Hier werden kommunistische Grundsätze zur Teilnahme von Kommunisten an Wahlen und an Bündnissen erläutert. Zwei Gedanken sollten im Mittelpunkt stehen:

- a) Wahlkampf- und Parlamentsarbeit gehört zu den vielfältigen Kampfformen;
- b) Wahlbündnispolitik ist Teil kommunistischer Bündnispolitik.

Die Bündnispolitik der Kommunisten wird von vielen Seiten her mißverstanden oder diskreditiert. Die offizielle Regierungspropaganda sieht darin nur einmal mehr „Unterwanderungsversuche“ oder „Mißbrauch“ anderer Kräfte für kommunistische Zwecke. Die Grünen behaupten, mit Wahlbündnissen hänge sich die DKP einen neuen Mantel um, um leichter Stimmen gewinnen zu können. Sozialdemokraten meinen, warum Kommunisten nicht gleich SPD wählen würden, wenn sie etwas für die Gemeinsamkeit tun wollten. Es wäre gut, diese Fragen aufzuwerfen und dann von allen Teilnehmern des Abends beantworten zu lassen. Vielleicht laden wir Gäste und Sympathisanten ein, die von sich solche oder ähnliche Auffassungen haben. Das könnte nicht nur eine lebendige Diskussion werden, sondern manchen dann auch zur richtigen Stimmabgabe führen.

Selten steht ein Thema so unmittelbar in der aktuellen Parteiarbeit wie dieses. Ein Teil des Bildungsabends sollte der Diskussion und Festlegung darüber vorbehalten sein, was konkret zu tun ist. Die FRIEDENSLISTE und ihre Vorschläge bekanntzumachen hat über den Wahltag hinaus Bedeutung für die Förderung der Bewegungen für Frieden, Demokratie und Arbeit.

Zugleich muß die Gruppe aber auch überlegen, wie die DKP als Partei in Erscheinung tritt, wie die DKP weiter gestärkt wird.

4. DKP und Friedensliste

(Methodisches)

1. Kurzvorträge

2. Kontroverse

3. Konkrete Schlüsse ziehen

Tips für die Karl-Liebknecht- Schule

Alle Lehrgänge sind Grund- oder Einführungslehrgänge und erfordern keine speziellen Vorkenntnisse. Anmeldungen können über alle Gruppenvorstände der DKP vorgenommen werden.

August

- 3.-16. *Marxistische Philosophie*
- 17.-23. *Grundlehrgang*
- 24.-30. *Lehrgang für Bildungsverantwortliche*

September

- 7.-13. *Grundlehrgang*
- 14.-27. *Marxistische politische Ökonomie*
- 28.-4. 10. *Kommunalpolitik der DKP*

Oktober

- 5.-11. *Grundlehrgang*
- 12.-18. *Frauenpolitik der DKP*
- 19.-25. *Lehrgang für Gruppenvorsitzende*

November

- 23.-29. *Grundlehrgang*
- 30.-6. 12. *Kurzlehrgang für Betriebsarbeiter
(Probleme der betrieblichen
und gewerkschaftlichen Interessenvertretung)*
- 2.-8. *Lenin: Der linke Radikalismus . . .*
- 19.-22. *Grundlehrgang*

Dezember

- 7.-13. *Kommunistische Weltbewegung – Entwicklung und Probleme*

17. Mai 1986

Die Bündnisse mit den falschen Partnern

Zur Diskussion um die Spaltung der Einheitsgewerkschaft

Nach dem Willen des Hauptvorstandes der IG Chemie-Papier-Keramik soll der Ende Mai in Hamburg tagende 13. DGB-Kongreß beschließen, daß für den DGB „Organisationen, die in totalitären Gesellschaftssystemen oder undemokratischen Staatsformen das Ziel ihrer politischen Betätigung sehen“, keine „Bündnispartner“ sind. Durch diesen Antrag will die IG Chemie einen Damm gegen die vielfältigen Bündnisse im DGB gegen die vielfältigen Bündnisse errichten, die die DKP und ihre Jugendorganisationen systematisch und rührig mit sozialdemokratischen Gewerkschaften einget.

Die Bündnisse sind der Protest gegen die „Hochrüstung“, antifaschistische Bündnisse „gegen rechts“ und die Etagerung gemeinsamer Feiertage wie internationale Frauentag am 8. Mai als „Tag der Befreiung“ am 1. September als „Antifaschistische Umerzielung“ der Gewerkschaft die

sierung in der Bundesrepublik. Unter dem Motto „Kampf für den Frieden“ behauptet sie, daß die Vereinigten Staaten den Frieden gefährden, während die Sowjetunion die Hauptstütze im weltweiten Friedenskampf sei. Die Schwierigkeit mit der DKP-Politik für sozialdemokratische Gewerkschafter wie Hermann Rappe besteht darin, daß diese vermeintlich einfache „Wahrheit“ sich wie ein Steppenbrand in der Sozialdemokratie und unter den DGB-Funktionären ausbreitet.

Aber in ihrem Bemühen, einen Damm gegen die politisch-ideologische Umerzielung der sozialdemokratischen Gewerkschafter zu errichten, erlitt die IG Chemie Anfang April in der unter Vorsitz des Zweiten Vorsitzenden der IG Metall, Franz Steinkühler, tagenden Antragsberatungskommission eine empfindliche Niederlage. In dieser Kommission, die vor dem DGB-Kongreß die vorliegenden Anträge sichtet, Kom-

missionen. Das DKP-nahe Periodikum verlangte statt dessen, daß der DGB-Kongreß die Einheitsgewerkschaftsdefinition übernimmt, die der Gewerkschaftstag der IG Metall 1983 beschlossen hat: „Die verschiedenen weltanschaulichen und politischen Strömungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung — zum Beispiel Sozialdemokraten, Christen, Kommunisten — haben ihren Platz in der IG Metall. Daran lassen wir nicht rütteln.“

Mit dem Bündnisantrag der IG Chemie kehrt die DKP-Frage auf die Tagesordnung eines DGB-Kongresses zurück, auf der sie zuletzt 1981 stand, als sich der DGB ein neues Grundsatzprogramm gab. Damals grenzte sich der DGB vordergründig von der DKP ab und vertagte eine Entscheidung darüber, ob die Kommunisten in der IG Metall

konstituierenden Bestandteilen der Einheitsgewerkschaft 1986 lehnten es 11 DGB-Gruppen nun ab, dem Bündnis „Organisationen, die in totalitären Gesellschaftssystemen oder undemokratischen Staatsformen das Ziel ihrer Betätigung sehen“, eine Abgrenzung zu geben.

Auch die Sozialausschüsse scheinen langsam zu erwachen. Von der Einheitsgewerkschafts-Richtungsgewerkschaften sind die Funktionären seit Ende der 70er Jahre die „Sozialdemokraten“ darüber, daß die Gewerkschaften zirkulieren, daß die Gewerkschaften

Echo

Die Bündnispolitik der DKP liegt den Herrschenden schwer im Magen. Eines der rechten Kampfblätter des Großkapitals, die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, meinte, den DGB vor „Bündnissen mit falschen Partnern“ – vor der DKP – warnen zu müssen.

Logisch – für die Rechten sind die Kommunisten die „falschen Partner“. Für die Kommunisten sind die Rechten allerdings überhaupt keine Partner. In den Gewerkschaften sind Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Grüne, parteilose Kolleginnen und Kollegen, die in und mit dem DGB gemeinsam ihre Interessen vertreten. Von dieser einfachen Wahrheit hat sich der DGB-Kongreß '86 auch nicht von dem Kapitalistenblatt FAZ abbringen lassen.

Das Bundesinnenministerium „beobachtet“ die Bündnispolitik der DKP sehr aufmerksam. Es ist ihm nicht entgangen, daß zur Bundestagswahl 1987 die FRIEDENSLISTE kandidiert. Es ist ihm auch nicht entgangen, daß die FRIEDENSLISTE „Unterstützung von der DKP“ erhält. Und man staune: Herr Zimmermann wartet mit der Weisheit auf, die DKP bemühe sich um eine „Verständigung“ der Oppositionskräfte“.

So ist es. – Aber was geht das die Staatsbürokraten des Bundesinnenministeriums an?



Aus praktischer Erfahrung

*Dr. Rainer Eckert,
42 Jahre,
Physiker, Lehrer,
Sekretär für
Parteibildung
der DKP Hessen*

Es kann die Neigung groß sein, in den Bildungsveranstaltungen mit dem vorliegenden Thema vor allem aktuelle politische Fragen zu diskutieren. Das ist sicher in so mancher Parteigruppe auch gut und angebracht; es ist sicher auch nicht schlecht, wenn viele Genossinnen und Genossen das Bildungsthema zum Anlaß von Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen, Sozialdemokraten, Grünen und anderen demokratischen Kräften machen. Gesprächen über aktuelle Fragen der bevorstehenden Wahlen.

Mir scheint es darüber hinaus allerdings unerlässlich, vor allem auch – möglicherweise sogar vorrangig – die tiefer gehenden weltanschaulich-ideologischen Begründungen für kommunistische Wahlpolitik zu erarbeiten. Also vor allem die Inhalte der Abschnitte I und II im Bildungsheft. Denn da stecken die „Knackpunkte“ drin, die unsere Identität ausmachen: die wissenschaftlich begründete, den jeweiligen Bedingungen entsprechende, flexible, jedoch unbedingte Orientierung aller strategischen und taktischen wahlpolitischen Entscheidungen an den Interessen der Arbeiterklasse. Es schadet nichts, sondern es nützt, wenn wir das gründlich unter uns und mit unseren Freunden diskutieren.

Hier nehmen regelmäßig Genossinnen und Genossen Stellung zum Thema und zu dessen möglicher Umsetzung in Diskussion und Aktion.

DKP-Anschriften

Deutsche Kommunistische Partei
Parteivorstand
Prinz-Georg-Straße 79,
4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 48 10 01-04

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand
Baden-Württemberg
Stotzstraße 10, 7000 Stuttgart 1
Telefon (07 11) 26 55 10

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Bremen/
Niedersachsen/Nord
Contrescarpe 8c, 2800 Bremen 1
Telefon (04 21) 32 13 14

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hamburg
Tarpbekstraße 66,
2000 Hamburg 36
Telefon (0 40) 47 65 69

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hessen
Rödelheimer Landstraße 13,
6000 Frankfurt/Main 90
Telefon (0 69) 77 50 69

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Niedersachsen
Hamburger Allee 38,
3000 Hannover 1
Telefon (05 11) 31 10 33

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Nordbayern
Fürther Straße 92, 8500 Nürnberg
Telefon (09 11) 3 24 61

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz
Heiligkreuzweg 92, 6500 Mainz 1
Telefon (0 61 31) 8 20 61

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand
Rheinland-Westfalen
Ackerstraße 3, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 36 20 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen
Hoffnungstraße 18, 4300 Essen
Telefon (02 01) 22 21 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Saar
Bleichstraße 18, 6600 Saarbrücken
Telefon (06 81) 3 15 13

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Schleswig-Holstein
Hamburger Chaussee 3, 2300 Kiel
Telefon (04 31) 68 80 10

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Südbayern
Reisingerstraße 5, 8000 München
Telefon (0 89) 26 79 68



Materialien der FRIEDENSLISTE

- Button FRIEDENSLISTE (weiß, blau), DM 1,50 (0,50)
- Button FRIEDENSLISTE (blau/schwarz/rosa), DM 3,- (2,-)
- Halstücher FRIEDENSLISTE (weiß) DM 5,- (3,-)
- Transparente mit FL-Symbol, weiß, 300 x 80 (können individuell beschriftet werden), DM 20,-
- Schlüsselanhänger, blau, mit FL-Symbol (Metall), DM 10,- (6,-)
- Einstein-Plakat, DM 0,50 (oder Spende)
- Aufkleber „Abrüsten“, 10 cm Durchmesser, DM 1,- (0,50)
- Eindruckplakat DM 0,20 (oder Spende)
- Grundthesen für ein Wahlprogramm der FRIEDENSLISTE (Entwurf), kostenlos

Einzelprogramme (Entwürfe)

Frieden

Ökologie/Umwelt

Frauen

Wirtschaft/Soziales

kostenlos

Handreichungen für den Wahlkampf

Die GRÜNEN

Die SPD

kostenlos

DIE FRIEDENSLISTE

Baumschulallee 2a

5300 Bonn

Das nächste Bildungsthema:

*Neue Sicherheit
im
Nuklearzeitalter*